

Grüne kritisieren "Korruption" in Krankenhäusern

17. November 2010, 13:17

Scharfe Kritik an Bevorzugung von Privatpatienten - Fordern gläserne Warteliste für OP-Termine und Fusion

der Krankenkassen

Wien - Scharfe Kritik am Vorgehen der Versicherungen und Krankenhäuser bei der Vergabe von Operationsterminen kommt von den Grünen. Generalsekretär Stefan Wallner sprach am Mittwoch von "Zweiklassenmedizin", die niederösterreichische Landtagsabgeordnete Helga Krismer von "Korruption und Ungleichbehandlung". Anlass für die Kritik sind Werbekampagnen, in denen private Gesundheitsversicherungen die bevorzugte Behandlung von Privatpatienten versprechen, obwohl derartige Privilegien vom Gesetz eigentlich untersagt werden.

Gleich und gleicher

Dass zusatzversicherte Patienten von den Krankenhäusern bevorzugt werden, gilt als allgemein bekannt. Anfang Oktober hat der Sprecher der österreichischen Patientenanwälte, Gerald Bachinger, Zahlen präsentiert, wonach Privatversicherte bei Knieprothesen ihren OP-Termin durchschnittlich 3,5-mal schneller erhalten als Versicherte der Gebietskrankenkassen, beim Grauen Star geht es durchschnittlich viermal schneller und beim künstlichen Hüftgelenk doppelt so schnell - und das, obwohl eine derartige Bevorzugung laut Krankenanstaltengesetz untersagt ist.

Die Donau-Versicherung wollte am Mittwoch auf APA-Anfrage nicht konkretisieren, wie sie ihren Kunden die auf Plakaten versprochenen "OP-Termine sofort" garantiert. In einer schriftlichen Stellungnahme wurde darauf verwiesen, dass das Angebot Zusatzleistungen wie Homöopathie, Bachblüten, die Inanspruchnahme von Ärzten ohne Kassenvertrag und des "zusätzlichen Komforts in der Sonderklasse" sowie die Behandlung im Privatspital beinhalte.

Erfahrungsberichte

Scharfe Kritik kommt nun von den Grünen, die sich insbesondere über die "OP-Termine sofort"-Kampagne der Donau-Versicherung empören. Damit habe man "den Gipfel der Obszönität endlich dingfest machen können", sagte Krismer bei einer Pressekonferenz in Wien. Sie sammelt im Internet Erfahrungsberichte von Betroffenen.

Die Grünen verweisen darauf, dass "Sonderklasse"-Patienten laut Krankenanstaltengesetz (§ 16) eigentlich nur bei "Verpflegung und Unterbringung" bevorzugt werden dürfen. Für die ärztliche Behandlung dürfe "ausschließlich der Gesundheitszustand der Pfleglinge maßgeblich" sein.

Krismer fordert nun, dass die Länder gesetzlich verpflichtet werden, die Aufteilung der von den Privatversicherungen bezahlten Mittel offenzulegen. Welchen Anteil die Primäre, Ärzte und Pfleger erhalten und welchen die Spitäler, liege nämlich derzeit im Dunkeln. Außerdem brauche es eine "gläserne" Warteliste für OP-Termine. Wallner forderte außerdem die Fusion der derzeit 19 Krankenkassen auf eine Kasse mit neun Länderfilialen. Künftig müsse der Grundsatz gelten, dass für den selben Beitrag in ganz Österreich auch die selben Leistungen gewährt werden. (APA)

© derStandard.at GmbH 2010 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.